

Zeitschrift: Serie Ares : histoire militaire = Militärgeschichte
Herausgeber: Association suisse d'histoire et de sciences militaires
Band: 4 (2018)

Artikel: "Bolschewistischer Terror hat kein Schweizer Heimatrecht" : Ordnungsdienst und Revolutionsrhetorik im schweizerischen Landesstreik vom November 1918
Autor: Rossfeld, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1043701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Roman Rossfeld

«Bolschewistischer Terror hat kein Schweizer Heimatrecht»:
Ordnungsdienst und Revolutionsrhetorik im schweizerischen
Landesstreik vom November 1918

Nach vier Jahren Krieg, wachsender Teuerung und zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten war die Stimmung in der Schweiz im November 1918 aufgeheizt. Nach einem kurzen Rückgang der Streikzahlen in den Jahren 1914 und 1915 war die Zahl der Streiks seit 1916 wieder deutlich gestiegen; und schon vor Ausbruch des Landesstreiks und dem umfangreichen Truppeneinsatz vom 6. und 8. November 1918 fühlten sich Armee und Arbeiterschaft voneinander provoziert: die Armeeführung durch die von Teilen der Arbeiterschaft zumindest rhetorisch in Anschlag gebrachte *Diktatur des Proletariats* beziehungsweise die Gefahr einer kurz bevorstehenden bolschewistischen Revolution, die Arbeiterschaft durch das massive, als undemokratisch empfundene Truppeneinsatz beziehungsweise die *Diktatur der Bajonette*. Der Vorwurf der Provokation – hier verstanden als gezieltes Hervorrufen eines (unbeherrschten) Verhaltens durch einen Provokateur – durchzieht die Geschichte des schweizerischen Landesstreiks wie ein roter Faden. Und mit dem Vorwurf verbunden war auch eine Schuldzuweisung: Kam es zu Ausschreitungen oder fielen Schüsse, wurde die Eskalation häufig damit begründet, man sei von der Gegenseite bewusst provoziert, beleidigt, beschimpft oder verunglimpft worden. Die Ansichten über das Truppeneinsatz vom 6. und 8. November 1918 gingen allerdings weit auseinander. Überrascht vom umfangreichen Aufgebot stellte die Mobilisierung von Ordnungstruppen nicht nur für Robert Grimm eine «kaltblütige, bewußte und gewollte Provokation der schweizerischen Arbeiterklasse»¹ dar. Das Oltener Aktionskomitee (OAK) forderte bereits am 8. November die «sofortige Aufhebung der unmotivierten, durch nichts zu rechtfertigenden Gewaltmaßnahmen der bürgerlichen und militärischen Diktatur»²; und der Berner SP-Nationalrat und Stadtpräsident Gustav Müller bezeichnete das Truppeneinsatz als «frivole Provokation der Bevölkerung».³ Aus linker Perspektive trug der Truppeneinsatz nicht zur Beruhigung, sondern zur weiteren Eskalation der Lage bei und wurde als eine der Ursachen (oder zumindest konkreter Anlass) für den Ausbruch des Landesstreiks bezeichnet. Völlig anders wurde das Truppeneinsatz von Franz Josef Bühler, Präsident der Offiziersgesellschaft Luzern und während des Landesstreiks Kommandant des Füsilier-Bataillons 42 in Zürich, wahrgenommen. Für ihn war es schlicht ein «revolutionäres Dogma, im Auftreten der Truppen jedesmal eine Provokation zu erblicken».⁴ Betont wurde hier der instrumentelle Charakter des von links regelmäßig erhobenen Vorwurfs der Provokation. Aus rechter Perspektive war das Truppeneinsatz lediglich eine legitime Massnahme zur verfassungsmäßigen Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung «gegen revolutionäre Anmaßung und Gewalttat».⁵ Der folgende Beitrag fragt danach, weshalb der Einsatz von Ordnungstruppen im November 1918 von der Arbeiterschaft und dem OAK als Provokation empfunden wurde und was für eine Bedeutung – angesichts ungleicher Waffen – der Verwendung rhetorischer Mittel

und zeitgenössischer Schlüsselbegriffe wie «Diktatur», «Provokation» oder «Revolution» zukam. Er plädiert dafür, den von beiden Seiten erhobenen Vorwurf der Provokation – und die damit verbundene Rhetorik der «Revolution» – auch als Teil eines über parlamentarische Debatten, öffentliche Reden oder Parteiblätter ausgetragenen Deutungskampfes zu verstehen, mit dem gezielt Stimmung gegen den Einsatz von Ordnungstruppen oder die Durchführung von Streiks gemacht wurde.

Forschungsstand und Forschungslücken

Zur Organisation und Durchführung des Ordnungsdienstes vor, während und nach dem schweizerischen Landesstreik entstanden in den 1970er-, 80er- und 90er-Jahren an der Universität Zürich insgesamt sechs von Walter Schafelberger betreute Dissertationen.⁶ Mit Ausnahme der Arbeit von René Zeller zur Organisation des militärischen Ordnungsdienstes von 1848 bis 1939 haben sich diese Arbeiten hauptsächlich auf die politische und militärische Ereignisgeschichte im «Hotspot» Zürich konzentriert, sich aber nur wenig mit anderen Städten und Regionen beschäftigt. In den Fokus der Forschung gelangten dadurch weniger als ein Drittel der dienstleistenden Truppen (hauptsächlich in Bern und Zürich), während über ihren Einsatz in kleineren Städten oder ländlichen Regionen nur wenig bekannt ist. Aus einer retrospektiven Entlebucher Perspektive hatten die Ordnungstruppen im November 1918 zwar «den innern Feind, die anarcho-sozialistischen Revolutionsgelüste»⁷ abzuwehren und waren beim Einmarsch in die Stadt Zürich von «wütigen Bolschewiki» ausgepfiffen und mit «chaibe Buureflegel» oder «verfluechte Entlebuecherchaib»⁸ beschimpft worden. Für das Luzerner Bataillon 42 gab es im November 1918 nur Freund oder Feind beziehungsweise «Entlebucher und Bolschewiki».⁹ Abgesehen von wenigen Einzelstimmen aus Erinnerungsschriften ist bis heute aber ebenso wenig über die Motivation und das Verhalten der Ordnungstruppen bekannt wie über die Haltung derjenigen Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich nicht am Streik beteiligten. Trotz der bewussten Auswahl der Truppen nach politischer Zuverlässigkeit ist nach wie vor unklar, inwieweit Revolutionsängste und der Antibolschewismus bei den Dienst leistenden Truppen handlungsleitend waren. Ebenso fehlt ein vergleichender Blick auf die Einschätzung des Ordnungsdienstes in der breiten Bevölkerung sowie den Einsatz von Ordnungstruppen in anderen neutralen Staaten oder den Krieg führenden Ländern (nicht nur) im November 1918.¹⁰ Über Solidarisierungen mit der Arbeiterschaft, Dienstverweigerungen oder Fälle von kollektiver Insubordination ist bis heute kaum geforscht worden.¹¹ Franz Josef Bühler erwähnte in einem Vortrag über seine «Erfahrungen im Zürcher Ordnungsdienst» zwar einen Basler Kommunisten und Antimilitaristen, «der täglich 10 Nummern des «Vorwärts»

zur Gratis-Verteilung»¹² in seiner Mitrailleur-Kompagnie erhalten hatte und gegen den später auch ein Strafverfahren wegen unbotmässigen Verhaltens eingeleitet wurde. Ende November 1918 hatte Mitrailleur Imholz im Restaurant Waage in Witikon eine «aufrührerische Rede» gehalten, nach deren Schluss er mit drei betrunkenen Kameraden «die rote Internationale hoch leben liess».¹³ Während sich in Deutschland im November 1918 revoltierende Matrosen mit der streikenden Arbeiterschaft verbrüdereten, kamen die antimilitaristische Propaganda innerhalb der Armee und die Solidarisierung zwischen Wehrmännern und der Arbeiterschaft in der Schweiz aber kaum voran. Die Bildung von Reformen anstrebbenden (parteipolitisch neutralen) Soldatenvereinen hatte wenig Erfolg, und Jakob Herzogs Forderung nach einer «Revolutionierung der Armee» blieb eine Einzelstimme.¹⁴ Während des Landesstreiks wurden die Soldaten bewusst nach politischer Zuverlässigkeit aufgeboten; und von der Streikleitung wurden die Moral und das Pflichtbewusstsein der Truppen sowie die Solidarität breiter Teile der Bevölkerung mit den Ordnungstruppen vermutlich unterschätzt. Selbstkritisch hielt Robert Grimm am 19. November 1918 in einem «orientierenden Bericht» zum Verlauf des Landesstreiks fest: «Die Gegner waren zum Äussersten entschlossen. [...] Ausschlaggebend war für die Streiklage im Allgemeinen, dass niemand von uns diese Kraftentfaltung des Gegners vorausgesehen hat.»¹⁵ Emil Sonderegger hielt in seinem Bericht zum Ordnungsdienst in Zürich fest, bereits am 11. November seien «der Gewerbeverband und viele Private mit reichlichen Spenden an Geld, Lebensmittel und Tabak» an die Truppe gelangt, und am späten Abend habe «eine zahlreiche Menge, angeführt durch die Studenten mit Hochrufen auf die Truppe und patriotischen Liedern»¹⁶ vor der Kaserne demonstriert. In seinen Erinnerungen kam auch der St. Galler Radfahrer August Bernet auf die grosszügigen Lebensmittelpenden aus der Bevölkerung zu sprechen und beschrieb, wie diese am Ende des Dienstes weiterverkauft worden seien.¹⁷ Insgesamt kamen durch Naturalabgaben und die «Zürcherspende» alleine hier Zuwendungen von über 250 000 Franken an die Ordnungstruppen zusammen – ein enorm hoher Betrag, der zum Teil vermutlich auch von Banken und Industrieunternehmen stammte.¹⁸

Antimilitarismus in der Linken vor 1918

Dass die Mobilisierung von Truppen von der Arbeiterschaft und dem OAK als (gezielte) Provokation empfunden wurde, ist nur mit Blick auf drei sich gegenseitig verstärkende und parallel verlaufende Entwicklungen in den Kriegsjahren zu verstehen: erstens den wachsenden Antimilitarismus (und Pazifismus) in weiten Teilen der Linken, zweitens den im Verlauf des Krieges zunehmenden Einsatz von Ordnungstruppen im Landesinneren und drittens die insgesamt harte Haltung des Militärs (bezie-

hungsweise der militärischen Führung) gegenüber den Streikenden. Der Vorwurf, die Armee sei der «Hofhund des Kapitals»¹⁹ und werde immer mehr als Instrument des Klassenkampfes missbraucht, war schon vor dem Ersten Weltkrieg erhoben worden. Bis 1914 waren – beispielsweise am «Giesserkrawall» 1905 in Rorschach oder am «Arbenzstreik» 1906 in Albisrieden – mehr als zwanzigmal Truppen gegen Streikende aufgeboten worden.²⁰ Soldaten, die gegen die Arbeiterschaft mobilisiert werden sollten, riet die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) bereits an einem ausserordentlichen Parteitag von 1906, «den Gehorsam zu verweigern»,²¹ und machte ihre Ablehnung gegenüber militärischen Einsätzen bei Streiks damit mehr als deutlich. Die Offiziere waren gemäss Jaun schon vor dem Ersten Weltkrieg «mehr und mehr als Repräsentanten der unterdrückenden und ausbeutenden Klasse»²² wahrgenommen worden; eine antimilitaristische Stimmung, die nach dem Generalstreik von 1912 in Zürich insbesondere in der Zürcher Arbeiterschaft weit verbreitet war und sich im Verlauf des Krieges weiter verschärfte.²³ Nachdem im August 1916 von der SP die eidgenössische Volksinitiative zur «Aufhebung der Militärjustiz» eingereicht worden war, kam es nur wenig später, im September 1916, am sogenannten «roten Sonntag» in verschiedenen Städten zu antimilitaristischen Demonstrationen. Am darauffolgenden Montag hielt Robert Grimm in der *Berner Tagwacht* fest, die Truppen und Polizeimannschaften seien in «geradezu wahnsinniger Weise» mobilisiert worden. Ganze Bataillone seien «selbst in die friedfertigsten Landstädtchen geworfen» worden, man habe «den innern Feind niederreiten» wollen und sei entschlossen gewesen, «ein furchtbares Blutbad unter friedlich demonstrierenden Arbeitern und ihren Frauen und Kindern anzurichten, entschlossen, die Truppen als Werkzeuge der Klassenherrschaft zu missbrauchen».²⁴ Mit drastischen Formulierungen wurde der Einsatz von Truppen im Landesinneren hier nicht als ein legitimes Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sondern als ein politisches Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterklasse dargestellt. Für Grimm hatte dieses «Massenaufgebot der Truppen» gezeigt, wo der Hebel anzusetzen war: «Wenn man so offen und brutal zeigt, zu was die Armee missbraucht werden soll, so ist es die selbstverständliche Pflicht der Arbeiterklasse, diesem Missbrauch entgegenzutreten. Dazu gehören nicht nur die landläufigen Mittel des politischen Kampfes, es gehört auch der feste Wille und die unbeugsame Entschlossenheit des einzelnen dazu, sich zu solchem Werkzeug nicht missbrauchen zu lassen. Hier geht die Pflicht gegen die eigene Klasse der Pflicht gegen die herrschende Klasse voran.»²⁵ Die Dienst leistende Arbeiterschaft wurde damit erneut zur Dienstverweigerung aufgerufen; und nur wenige Monate später, im Sommer 1917, lehnte die SP die militärische Landesverteidigung an ihrem Parteitag ab und verschärfte den Ton gegen das veraltete Militärstrafrecht und die als «Klassenjustiz» wahrgenommene Militärjustiz weiter.²⁶

Gemäss Altorfer kam es zwischen 1914 und 1926 zu insgesamt 121 Verurteilungen wegen Dienstverweigerungen, von denen 47 politisch motiviert waren. 35 dieser politisch motivierten Dienstverweigerer gehörten der SP an, und fast die Hälfte dieser Verurteilungen erfolgte 1917, als sich der antimilitaristische Kurs innerhalb der Partei durchsetzte.²⁷ Aus Sicht der SP handelte es sich bei den Militärgerichten schon aufgrund ihrer Besetzung um eine Klassenjustiz, ernannte der Bundesrat doch «kaum Sozialdemokraten zu Militärrichtern»²⁸ – eine Kritik, die auch die Forderung nach einer «Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres» während des Landesstreiks verständlich macht. Die «Demokratisierung des schweizerischen Wehrwesens» und der Kampf gegen «Drillklopferei», «Kastengeist, Militärgiglertum, unsinnige Disziplinarstrafen für Bagatellsachen» oder «Günstlingswesen bei Beförderungen» waren schon vor dem Landesstreik zentrale Anliegen linker Politik gewesen.²⁹ Bereits im Oktober 1916 hatte der Grütliverein in einer «Volkspetition» an die schweizerische Bundesversammlung die «unnachsichtliche Entfernung von Offizieren aus der Armee» gefordert, «welche durch unwürdige Beschimpfung oder gar Misshandlung der Soldaten sich gegen das Ehrgefühl des Bürgers im Wehrkleide vergehen».³⁰ Aus Sicht der Linken – und parallel zur wachsenden Akademisierung des Offizierskorps – näherten sich die Umgangsformen und das Auftreten der «Leutnants» mehr und mehr dem «Korpsstudententum»: «Je hohler der Schädel, desto imposanter Mütze, Pumphose und Lackstiefel».³¹ Auch die Novemberunruhen von 1917 in Zürich, die zu mehreren Toten und Schwerverletzten und der ständigen Präsenz von Ordnungstruppen in Zürich führten, waren ursprünglich von antimilitaristischen Demonstrationen ausgegangen.³² Bereits damals war der Einsatz von Infanterie in Zürich als Provokation empfunden worden; und im November 1918 forderte das OAK die «Arbeiter im Wehrkleide» erneut dazu auf, «sofort den Gehorsam zu verweigern, sobald ihnen befohlen wird, ihre Waffen gegen das Volk zu richten».³³

Geradezu paradigmatisch zeigt sich die unterschiedliche Einschätzung der Bedeutung und Rolle des Militärs in den Kriegsjahren auch in zwei – nicht zufällig 1917 erschienenen – literarischen Texten, der Novelle «Füsiler Wipf» von Robert Faesi (1883–1972) und dem Roman «Der starke Mann» von Paul Ilg (1875–1957). Während der Zürcher Literaturprofessor Robert Faesi in seiner Novelle «Füsiler Wipf» vor allem die Grenzbesetzung und den (zunehmend ermüdenden) Aktivdienst thematisierte, übte der aus armen Verhältnissen stammende Schriftsteller Paul Ilg in seinem gesellschaftskritischen und pazifistischen Roman «Der starke Mann»³⁴ scharfe Kritik am autoritären (preussischen) Führungsstil vieler Deutschschweizer Offiziere. Wird aus Füsiler Wipf an der Schweizer Grenze ein selbstbewusster Soldat, erschiesst der zum Offizier aufgestiegene Bauersohn und fanatische Militarist Lenggenhager im Roman von Ilg einen un-



«Nos ennemis ... frère ... les voilà!» In der Westschweizer Satirezeitschrift *L'Arbalète* propagierte der Karikaturist Edmond Bille (1878–1959) bereits am 1. Mai 1917 einen Schulterschluss zwischen Arbeitern und Soldaten gegen Offiziere und Unternehmer. Die Zeichnung bildete damit die zeitgenössische linke Kritik am Militär als «Hofhund des Kapitals» ab.

bewaffneten demonstrierenden Arbeiter – den «leibhaftige[n] Demos»³⁵ – und am Schluss sich selbst. In der Westschweiz wurde der Roman von Ilg als Kritik an der Deutschfreundlichkeit vieler Schweizer Offiziere positiv aufgenommen; von Deutschschweizer Offiziersvereinen wurde das Buch hingegen scharf kritisiert, und im Gegensatz zur Novelle von Faesi, die sich gut als Stoff für die Geistige Landesverteidigung eignete, wurde der Roman von Ilg in den Zwischenkriegsjahren auch nicht verfilmt.

Grenzschutz und Ordnungsdienst im Ersten Weltkrieg

Verstärkt wurde der wachsende Antimilitarismus durch den im Verlauf des Krieges zunehmenden Einsatz von Ordnungstruppen und die insgesamt harte Haltung der militärischen Führung gegenüber Streikenden. Nach einem nicht nur in der Schweiz, sondern auch international kurzen Rückgang der Streikzahlen in den Jahren 1914 und 1915 stieg die Streikin-

tensität parallel zur wachsenden Teuerung und der schlechter werdenden Versorgungslage seit 1916 wieder an.³⁶ Bis zum Herbst 1916 waren Ordnungstruppen im Landesinneren ausschliesslich im Zusammenhang mit aussenpolitischen Ereignissen wie der Ausreise italienischer Reservisten aus dem Tessin (im Mai 1915), antideutschen Demonstrationen in Lausanne (im Januar 1916) oder der «Obersten-Affaire» (im Februar 1916) eingesetzt worden. Seit dem «roten Sonntag» Anfang September 1916 erhöhte sich nicht nur die Zahl der Ordnungsdiensteinsätze, sondern sie bezogen sich nun auch auf innenpolitische Ereignisse wie antimilitaristische Manifestationen, Teuerungsdemonstrationen oder Streiks. Zu nennen ist hier etwa der Einsatz von Ordnungstruppen bei Ausschreitungen in La Chaux-de-Fonds während der «Affaire Gruber» im Mai 1917 oder bei einer Teuerungsdemonstration (beziehungsweise dem «Casino-Sturm») in Basel im Juni 1918. In Zürich waren seit den Novemberunruhen 1917 ständig Truppen stationiert, und 1918 war es – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – schon vor dem Landesstreik zum Einsatz von Ordnungstruppen in Basel, Biel, Zürich, Bellinzona und Lugano gekommen.³⁷

Der zunehmende Einsatz von Ordnungstruppen im Landesinneren war umso sichtbarer, als die Zahl der mobilisierten Truppen für den Grenzschutzdienst im Verlauf des Krieges stark zurückging. Hatte der Bundesrat nach dem Ausbruch des Krieges die Mobilisierung von rund 230 000 Mann für den Grenzschutz beschlossen, orientierte sich die Zahl der Dienstleistenden in den folgenden Jahren an der jeweiligen Beurteilung der Bedrohungslage und wurde bald deutlich reduziert. Die Armee ging in einen Ablösungsdienst über und passte ihre Bestände immer wieder an. Im September 1918 erreichte die Zahl der Dienstleistenden mit rund 20 000 Mann den tiefsten Stand, bevor während des Landesstreiks noch einmal rund 95 000 Mann für den Ordnungsdienst mobilisiert wurden – die höchste Zahl von Dienstleistenden seit Ende 1914. Auch wenn über den gesamten Krieg gesehen deutlich mehr Diensttage im Grenzschutzdienst als im Ordnungsdienst geleistet wurden, ist die (linke) Wahrnehmung nachvollziehbar, der Einsatz des Militärs habe sich im Verlauf des Krieges zunehmend von der äusseren zur inneren Front beziehungsweise von der Grenzbesetzung zur Besetzung der Klassengrenzen und der Bekämpfung des «inneren Feindes» verschoben. Zur Zeit des schweizerischen Landesstreiks wurden mehr als 85 Prozent der mobilisierten Truppen im Ordnungsdienst und weniger als 15 Prozent im Grenzschutzdienst eingesetzt. Zugleich stieg die Zahl der von schweizerischen Militärgerichten verurteilten Zivilpersonen von 194 (1916) auf 372 (1917), 708 (1918) und 1322 (1919), während die Zahl der verurteilten Militärpersonen im gleichen Zeitraum deutlich zurückging. 1918 wurden schliesslich mehr Zivilpersonen als Militärpersonen von schweizerischen Militärgerichten verurteilt.³⁸ Verstärkt wurde der Eindruck einer zunehmenden Besetzung der «inneren Front» noch

durch die Herkunft – beziehungsweise gezielte Mobilisierung – der Truppen. Meinrad Inglin hat in seinem Roman «Schweizerspiegel» schon in den 1930er-Jahren darauf hingewiesen, dass die Mannschaften «nicht nach irgendeinem Schema, sondern nach dem Grade ihrer staatsbürgerlichen Zuverlässigkeit aufgeboten» worden seien und deshalb eher Lust zeigten, «die Streikenden zu verhaften oder zu beschließen, als zu ihnen überzulau-fen».⁴⁹ Die katholisch-konservative Tageszeitung *Vaterland* hatte schon wenige Tage nach dem Landesstreik betont, angesichts der Stimmung bei den Wehrmännern auf der Landschaft würden beim nächsten Generalstreik «buchstäblich die Gewehre von selbst, ohne Kommando, losgehen!»⁵⁰ Die bewusst nach Zuverlässigkeit ausgewählten Truppen stammten hauptsächlich aus ländlichen Gebieten, wo der Landesstreik kaum befolgt wurde und die Gewerkschaften wenig verankert waren.⁵¹ Bereits während des Krieges hatte Generalstabschef Sprecher angeordnet, «mehr Bauern am Maschinengewehr zu schulen»,⁵² weil sich die in den Mitrailleurkompanien konzentrierten Maschinenschlosser und Mechaniker als (politisch) unzuverlässig erwiesen hatten. Der bereits zitierte Präsident der Luzerner Offiziersgesellschaft, Major Franz Josef Bühler, wünschte sich für den Dienst am Maschinengewehr (im Inneren) «einen nervenruhigen, bodenständigen Bauernjungen»;⁵³ und schon Mitte Mai 1918 hatte der Industrielle Iwan Bally in einem Brief an Hans Sulzer in Washington festgehalten: «Mir scheint, wir haben in der Schweiz allen Grund, uns der Kräftigung der Bauern zu erfreuen [...]. Der Bauer wird möglicherweise zum Prellstein werden müssen, an dem eine hyperdemokratische bolschewikische Richtung zerschellt.»⁵⁴ Thomas Greminger hat in seiner Dissertation zum Einsatz von Ordnungstruppen in Zürich zu Recht darauf hingewiesen, dass die «stark gesinnungs- und herkunftsorientierte Selektion der Ordnungstruppen» das Armeebild in der Arbeiterschaft «stark negativ» beeinflusste und deren Konzeption der «Klassenarmee» bestätigte. Die Zuverlässigkeit der Truppen beziehungsweise – aus linker Perspektive – der «Kosakenschwadronen und Hinterwäldlerregimenter» wurde mit einer weiteren Verhärtung der Fronten und einer Distanzierung der Arbeiterschaft vom bürgerlichen Staat und seinen Institutionen erkauft.⁵⁵ Die Erfahrung körperlicher Gewalt blieb dabei nicht auf den Landesstreik beschränkt: Sowohl beim Einsatz von Ordnungstruppen während der Novemberunruhen 1917 in Zürich als auch beim Landesstreik 1918 und den Generalstreiks in Basel und Zürich 1919 kam es zu mehreren Toten und zahlreichen Schwer-verletzten. Auch für den militärischen Ordnungsdienst gilt, was Jörg Barberowski zum Verhältnis von Moderne und Gewalt allgemein festgestellt hat: «Ordnung ist eine Voraussetzung für die Eindämmung von Gewalt, zu-gleich ist sie aber auch eine Voraussetzung für ihre Organisation.»⁵⁶

Revolutionsangst und harte Haltung des Militärs

Schliesslich ist mit Blick auf das Provokationspotential des Truppenaufgebotes vom November 1918 auch auf die – im Vergleich zur Politik – harte Haltung der militärischen Führung gegenüber der Arbeiterschaft hinzuweisen. Rudolf Jaun hat kürzlich betont, dass die Zuspitzung der politischen Fronten im November 1918 auch auf ein «latentes, nie hinterfragtes Revolutionsphantasma» beziehungsweise eine «Verengung und Verfestigung der Denkbilder»⁴⁷ innerhalb der Armeeführung zurückgeführt werden könne.⁴⁸ Hatte der Bundesrat gegenüber dem OAK im Verlauf des Jahres 1918 noch verschiedene Zugeständnisse gemacht, sprach sich Unterstabschef Claude de Perrot in einem Schreiben an Generalstabschef Sprecher mit Vorschlägen zur Verhinderung eines allgemeinen Landesstreiks bereits Ende Juli 1918 für ein «festes, ja geradezu brutales Auftreten» des Bundesrates aus und war überzeugt davon, dass sich die «Majorität des Volkes [...] nach einer starken Hand»⁴⁹ sehne. De Perrot, ein ehemaliger preussischer Garde-Füsiliere, hatte dem Gegner bereits im Sommer 1918 – in einer Art Umkehr der realen Verhältnisse – ein quasi generalstabsmäßig geplantes Vorgehen unterstellt und von einer «Revolution-Mobilmachung» der Arbeiterschaft gesprochen, die von einer Überschätzung der Bedrohungslage und der organisatorischen Kapazitäten der Arbeiterschaft und des OAK geprägt war. De Perrot knüpfte damit an ein schon vor dem Ersten Weltkrieg verbreitetes Deutungsmuster an, das der Arbeiterbewegung eine «straffe und rationale Organisationsstruktur» unterstellte, in der Entscheidungen von den «Arbeiterbataillonen» *top-down* umgesetzt würden.⁵⁰ Faktisch war die Arbeiterbewegung aber nicht nur in die SP, die wesentlich mitgliederstärkeren Gewerkschaften und lokale Arbeiterunionen, sondern auch in unterschiedliche ideologische Ausrichtungen in der Deutsch- und Westschweiz zersplittert.⁵¹ Dazu kam eine föderalistische Tradition, die den verschiedenen Arbeiterunionen ein starkes Gewicht beimass und die Bereitschaft zur Solidarität über einzelne Unternehmen oder Regionen hinaus beschränkte. Von einer einheitlichen Marschrichtung innerhalb der Linken kann deshalb nicht gesprochen werden – oder allgemein formuliert: «Die Einigkeit darüber, dass eine Ordnung ungerecht ist, schafft noch keine Verständigung darüber, welche Ordnung ihr vorzuziehen sei.»⁵² Ernst Feigenwinter, katholisch-konservatives Vorstandsmitglied des schweizerischen Arbeiterbundes, betonte im Nationalrat, die Arbeiterschaft sei unter sich «derart zerspalten und zerklüftet», dass von einer gemeinsamen Tätigkeit «absolut nicht mehr die Rede sein»⁵³ könne. Die von de Perrot unterstellte «Mobilmachung» der Arbeiterschaft entsprach nicht der Realität, sie macht aber deutlich, wor vor die militärische Führung sich fürchtete. De Perrot erwartete nach dem Ausbruch des Landesstreiks einen «ungeleiteten grausamen Guerilla-Bür-

gerkrieg»; Sorgen bereitete ihm aber insbesondere die Frage, ob die Armee überhaupt noch aufgeboten werden könne, wenn den «Revolutionären der Zeitpunkt des Losbrechens überlassen»⁵⁴ werde. Die von einem starken Militäraufgebot geprägte Einschüchterungs- und Präventionsstrategie Ulrich Willes griff diese Überlegungen auf, signalisierte den Streikenden Gewaltbereitschaft zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und sollte die Handlungsfähigkeit der Armee – unabhängig vom zeitlich noch offenen Ausbruch eines landesweiten Generalstreiks – gewährleisten.⁵⁵

Am prägnantesten hat vielleicht der Zürcher Schriftsteller Kurt Guggenheim in seinem in den 1950er-Jahren erschienenen Romanzyklus «Alles in Allem» die Strategie Willes formuliert, der den General bereits im August 1918 in einem fiktiven Gespräch festhalten liess: «Militärisch gesehen ist das Problem von primitivster Einfachheit: dasein bevor es anfängt.»⁵⁶ Wille selbst hielt die Gefahr für den Ausbruch einer Revolution zwar «nicht für so gross»; an die «Möglichkeit eines plötzlichen, unerwarteten Ausbruchs einer Revolution»⁵⁷ glaubte er aber dennoch. Bereits am 1. November 1918 hatte er in einem Schreiben an den Leiter des Militärdepartementes, Bundesrat Camille Decoppet, festgehalten: «Die Gefahr, die unserm Land durch die Ausbreitung der Lehren der Bolschewyki droht, kann doch unmöglich verkannt werden.» Den Streik der Zürcher Bankangestellten interpretierte er als eine «Generalprobe», bei der «genau nach den Lehren und dem Vorbild der Bolschewyki der Terror»⁵⁸ gesiegt habe. Die Generalstabsabteilung hatte schon vor dem Truppenaufgebot Anfang November 1918 die Durchführung einer «Gegenrevolution»⁵⁹ geplant; Wille fürchtete angesichts der vorhandenen militärischen Mittel aber nicht so sehr die Stärke und Entschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft, sondern vielmehr die Schwäche und Unentschlossenheit von Teilen des Bundesrates und der Politik. Bereits anlässlich der Novemberunruhen 1917 in Zürich hatte er sich über das «schlappe Verhalten»⁶⁰ der Zürcher Regierung mokiert, und im November 1918 hielt er nach der mehrfachen Ablehnung des von ihm geforderten Truppenaufgebotes durch den Bundesrat fest: «Nicht die Bolschewiki fürchte ich, sondern die Impotenz jener, die das Land vor den Bolschewiki schützen sollen.»⁶¹ Seine auch von Ernst Laur unterstützte Präventionsstrategie, «durch Truppenpräsenz abschreckend zu wirken» und «einem Revolutionsversuch zuvorzukommen»,⁶² wurde mit jeder weiteren Verzögerung zunehmend gefährdet.

Ähnlich negativ äusserte sich rückblickend auch der Kommandant der Ordnungstruppen in Zürich, Emil Sonderegger – vom *Volksrecht* wenig schmeichelhaft als «Diktator von Zürich»⁶³ bezeichnet. Für Sonderegger war es «unglaublich, welches Quantum von Feigheit in dieser Zürcher Bürgerschaft steckte», die «alle Unverschämtheiten und Ungehörigkeiten von Radaubrüdern und Streikposten demütig einsteckte». Diese Feigheit war für ihn «nichts weiter als die bis zur Karikatur getriebene Ultra-Frie-



Verhaftung von Jakob «Joggi» Herzog (rechts) sowie eines weiteren Jungburschen am 7. November 1918 im Kasernenhof in Zürich. Ulrich Wille hatte sich schon vor dem Landesstreik mehrfach für die Verhaftung des linksradikalen Herzog ausgesprochen. (Staatsarchiv Luzern, PA 212/31).

densliebe des seit 400 Jahren des Kriegs entwöhnten Schweizers».⁶⁴ Die «extremen Elemente von Zürich» schätzte Sonderegger noch im April 1919 auf rund 3000 Mann, eine massive Übertreibung der Bedrohungslage, die deutlich macht, dass der spätere Generalstabschef offensichtlich die gesamte Zürcher Sozialdemokratie als extrem einstufte.⁶⁵

Deutlich wird die harte Haltung Willes und die (zunächst) eher zu Kompromissen neigende Haltung des Bundesrates auch an der Ernennung der Kommandanten der Ordnungstruppen in Bern und Zürich. Während es Wille in Zürich gelang, mit Emil Sonderegger einen langjährigen engen Vertrauten und bekannten Hardliner als Kommandant durchzusetzen, gelang ihm dies in Bern nicht. Wille hätte auf diesem Posten am liebsten Oberstdivisionär Fritz Gertsch eingesetzt, der als bekannter Vertreter der sogenannten «Neuen Richtung» und «unerbittlicher preussischer Scharfmacherei» beim Bundesrat aber «persona non grata» war. Kommandant der Ordnungstruppen in Bern wurde schliesslich Oberstkorpskommandant Eduard Wildbolz, ebenfalls ein langjähriger Weggefährte von Wille, der sich im Verlauf des Ersten Weltkrieges aber zusehends für Reformen innerhalb der Armee starkmachte. Die Ernennung von Wildbolz richtete sich zum einen gegen den im Kanton Bern unbeliebten Fritz Gertsch,⁶⁶ zum anderen kann sie aber auch als politisches Signal des Bundesrates verstanden werden, dass man die harte Haltung des Militärs im «Hotspot» Zürich zwar begrüsste, sich in Bern aber ein zurückhaltenderes Auftreten der Ordnungstruppen wünschte. Im Gegensatz zu Sonderegger in Zürich verzichtete Wildbolz auf «jedes demonstrative Auftreten des Militärs», ver-

langte von seinen Offizieren, «nicht provokatorisch in Haltung, Anzug und Gesichtsausdruck»⁶⁷ zu sein, und verbot, in den Strassen der Bundeshauptstadt Maschinengewehre aufzustellen. Sonderegger, 1920 der Nachfolger von Sprecher als Generalstabschef, setzte in Zürich hingegen auf die Sichtbarkeit von Gewaltmitteln sowie die gezielte Besetzung des öffentlichen Raumes und wichtiger Gebäude wie Bahnhöfe oder Druckereien. Wille hatte in seinen Instruktionen an Sonderegger bereits am 6. November 1918 festgehalten: «Lassen Sie [...] Ihre Truppen zum Beziehen der Kantone mente durch die Stadt ziehen und zwar auf eine Art, die imponiert.»⁶⁸ Dass dies gelang, geht nicht nur aus den Erinnerungen des bereits zitierten Radfahrers August Bernet hervor, der zum martialischen Einmarsch der Ordnungstruppen in Zürich festhielt: «Schon auf dem Milchbuck sahen wir Militärkolonnen im Marsch und wir hatten den Eindruck, als ob von allen Flanken Militär konzentrisch gegen Zürich vormarschiere.»⁶⁹ Für Franz Josef Bühler boten während des Landesstreiks insbesondere «die immer wieder auftretenden Kavallerie-Schwadronen, den feldgrauen weiten Mantel umgehängt, blankgezogen und den Stahlhelm auf dem Kopf, [...] ein eindringliches Bild der Kraft, das seine Wirkung auf die Grossstadtmassen nicht verfehlte».⁷⁰

Revolutionsrhetorik und Klassenkampf als Deutungskampf

Insgesamt trugen verschiedene Entwicklungen in den Kriegsjahren dazu bei, dass die Mobilisierung von Ordnungstruppen von der Arbeiterschaft und dem OAK als (gezielte) Provokation empfunden wurde. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch die Verwendung rhetorischer Mittel, deren Einsatz insbesondere für die Arbeiterschaft zentral war. Gemäss Jaun war dem Landesstreik von 1918 «angesichts des militärischen Gewaltpotentials von Anfang an das Momentum der demonstrierenden Massen und der aktionsfähigen Streikleitung genommen».⁷¹ Wissend, dass die realen Machtmittel ungleich verteilt waren und der Einsatz von Ordnungstruppen verfassungskonform war, gegenüber der Bevölkerung aber legitimiert werden musste, wurde der (real nicht ausgefochtene) Klassenkampf rasch zu einem über parlamentarische Debatten, öffentliche Reden oder Flugblätter scharf ausgetragenen Deutungskampf. Die Redaktoren der Berner *Tagwacht*, Robert Grimm, des Basler *Vorwärts*, Friedrich Schneider, oder des Zürcher *Volksrechts*, Ernst Nobs, pflegten eine spitze Feder, und die Parteiblätter waren für die Linke die schärfsten Waffen im Klassenkampf.

Hans Ulrich Jost hat in seiner Arbeit zum «Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918» betont, dass der Begriff «Revolution» für die «überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft, für deren Führer selbst und für die Vertreter des linken Flügels nur eine mehr oder weniger uto-pistische Evokation, ein Element der Stimmungsmache und Reizwort politi-

scher Versammlungen»⁷² war. Robert Grimm hatte bereits am Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongress in Basel im Juli 1918 daran erinnert, dass «die Taktik der Propaganda nicht die Taktik der Aktion»⁷³ sei. Für ein besseres Verständnis von Landesstreik und Ordnungsdienst lohnt es sich, genauer auf die Verwendung rhetorischer Mittel zu achten und die von beiden Seiten bewusst betriebene Bewirtschaftung vorhandener Ängste und Emotionen in die Analyse miteinzubeziehen. Zu achten ist dabei – sowohl auf Seiten der Arbeiterschaft als auch der Politik und der Ordnungstruppen – insbesondere auf Differenzen in der Kommunikation nach innen und aussen, gegenüber der eigenen Gefolgschaft und dem politischen Gegner. Hilfreich für ein besseres Verständnis der Ereignisse ist die Analyse der Revolutionsrhetorik und der Funktion von zeitgenössischen Schlüsselbegriffen wie «Diktatur», «Provokation» oder «Revolution».

Neuere Arbeiten zur historischen Krisenforschung sind sich weitgehend einig darüber, Krisen – und insbesondere das Wissen über Krisen – auch als Kommunikations- und Wahrnehmungsphänomene zu verstehen.⁷⁴ Die Germanistin Heidrun Kämper hat kürzlich betont, dass «gesellschaftliche Krisen durch Sprachgebrauchswandel gespiegelt werden» und Krisen «durch Sprache repräsentiert und damit indiziert»⁷⁵ werden. In den Fokus der Forschung geraten damit die narrativen Strukturen und Diskursstrategien, mit denen Krisendiagnosen und Krisengeschichten konstruiert werden. Carla Meyer, Katja Patzel-Mattern und Gerrit Jasper Schenk haben in ihrem 2013 erschienenen Band über «Krisengeschichte(n)» festgehalten, dass in der Krise zwar das Chaos herrsche, die Krisenkommunikation jedoch versuche, «die komplexe, überfordernde Fülle an Ereignissen, Motiven, Handlungs- und Bedingungszusammenhängen [...] ordnend zu fassen»⁷⁶ und damit auch neue Ordnungsmuster zu etablieren. Erschwerend kommt beim Landesstreik hinzu, dass bewusst gestreute Gerüchte und Falschinformationen angesichts der Unplanbarkeit und Unübersichtlichkeit der Ereignisse Konjunktur hatten und von beiden Seiten auch gezielt als Brandbeschleuniger in der politischen Debatte eingesetzt wurden.⁷⁷ Zugleich waren sie Ausdruck des fehlenden (oder zumindest unvollständigen) Wissens über die zum Teil geheimen Planungen des politischen Gegners, welche die Rekonstruktion der Ereignisse auch aus historischer Sicht immer wieder schwierig macht.

Versteht man den Revolutionsbegriff als Kampf- und Zukunftsbummel mit «dezidiert systemverändernder Absicht»,⁷⁸ konnte der Einsatz von Ordnungstruppen durch die Zuschreibung linker Aktivitäten als die staatliche Ordnung gefährdender (und von aussen gesteuerter) Revolutionsversuch legitimiert werden. Schon die Forderung nach Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung unterstellte Chaos und Unordnung; und gerade der *präventive* Einsatz benötigte nach mehr als vier Jahren Krieg eine starke (retrospektive) Rechtfertigung dieser Massnahmen, die mit dazu beitrug, dass

der von rechts erhobene Vorwurf einer bolschewistischen Verschwörung über Jahrzehnte aufrechterhalten wurde. Nur wenige Tage nach dem Streik lobte der katholisch-konservative Freiburger Nationalrat und spätere Bundesrat Jean-Marie Musy (1876–1952) nicht nur den Einsatz der Ordnungstruppen, sondern betonte auch den – aus seiner Sicht – klaren Zusammenhang mit der russischen Revolution und der bolschewistischen Agitation.⁷⁹ Diese Sichtweise war bereits von zahlreichen bürgerlichen Rednern in der Nationalratsdebatte vom 12. und 13. November 1918 geteilt worden. Hatte der Präsident der freisinnig-demokratischen Fraktion im Nationalrat, Robert Forrer, schon unmissverständlich festgehalten: «Bolschewistischer Terror hat kein Schweizer Heimatrecht»,⁸⁰ kritisierte einen Tag später auch der Neuenburger Nationalrat Otto de Dardel «les actes de guerre du Soviet d'Olten».⁸¹ Die landwirtschaftliche Gruppe der Bundesversammlung bezeichnete die «Vorgänge der letzten Tage» als «ziellose und verbrecherische Umtriebe» und forderte vom Bundesrat ein «entschiedenes Vorgehen gegen fremde aufrührerische Elemente».⁸² 1919 wetterte auch der Bauernverband in einer Broschüre unter der Kapitelüberschrift «Die rote Flut» – und damit rhetorisch auf eine Naturkatastrophe verweisend – gegen den Landesstreik.⁸³ Bis in die 1960er-Jahre diente der Streik – wie Hans Ulrich Jost es formuliert hat – in erster Linie dazu, «die Arbeiterschaft und die sozialistische Bewegung in der Schweiz in ein schiefes Licht zu rücken und zu stigmatisieren».⁸⁴

Am deutlichsten auf den rhetorischen – und letztlich instrumentellen – Charakter des Bolschewismus-Vorwurfs des Bürgertums hat vielleicht der Neuenburger SP-Nationalrat, Dienstverweigerer und Pazifist Charles Naine hingewiesen. Bereits am 13. November 1918 hielt er im Nationalrat fest:

*«Auf alle Beschwerden des Volkes hat die kapitalistische Presse nur eine Antwort: Bolschewiki! Wir verlangen den Achtstundentag, ein sehr ernstes Problem; man sagt uns: Bolschewikimanier! Wir wollen eine bessere Verteilung der Lebensmittel; wir wollen mehr Brot, mehr Milch; wir verlangen, dass unser Vieh nicht mehr ausgeführt wird; ein ernstes Problem. Man ruft uns zu: Bolschewiki! Wir fordern, was das Volk verlangt, und statt an einer Regeneration der Gesellschaft mitzuarbeiten, stellen Sie sich der Demokratie in den Weg und haben nur ein Wort im Munde: Bolschewiki!»*⁸⁵

So hart der Vorwurf revolutionärer Umtriebe war, so wenig liess er sich allerdings nachweisen; ein Mangel in der Beweisführung, auf den bereits in der Nationalratsdebatte von mehreren sozialdemokratischen Rednern hingewiesen wurde und den auch Gautschi in seinem einflussreichen Buch in den 1960er-Jahren noch einmal deutlich betont hat.⁸⁶ Gautschi hat das verwendete Belastungsmaterial später als «erstaunlich substanzlos» und die bürgerliche Revolutionsthese als «zweifellos unzutreffend»⁸⁷ bezeichnet.



«Das bolschewistische Rückzugsgefecht»: Nach dem schweizerischen Arbeiterkongress vom 27. und 28. Juli 1918 in Basel wurde der Landesstreik vom (bürgerlichen) *Nebelspalter* als gefährliche Provokation beziehungsweise «rotes Tuch» für das Volk dargestellt. (Nebelspalter, 17. August 1918).

net. Gemäss Herman Greulich, dem Doyen der schweizerischen Arbeiterbewegung, dachte am 5. November «kein Mensch an den Generalstreik» in Zürich, und es war «nicht die Spur eines Planes in der zürcherischen Arbeiterschaft vorhanden, Revolution zu machen». Das Truppenaufgebot vom 6. November erfolgte für ihn «wie ein Blitz aus heiterem Himmel».⁸⁸ Greulich sprach dann auch von einem «unmotivierten Missbrauch des Militärs»;⁸⁹ und Robert Grimm betonte im Nationalrat mit Blick auf die Situation in Zürich: «Weder die Flugblätter noch die paar armseligen Gruppen rechtfertigen den Aufwand des Militärapparates.»⁹⁰ Gemeint waren damit der bereits aus der SP ausgeschlossene und auf Betreiben von Ulrich Wille verhaftete Linksradikale Jakob Herzog und die Gruppe «Forderung». Die Jungsozialisten waren schon nach den Novemberunruhen 1917 in Zürich durch verschiedene Verhaftungen (und teilweise lange Haftstrafen) geschwächt worden, und die Zeitschriften *Freie Jugend* und *Forderung* waren

bereits im März 1918 vom Bundesrat verboten worden.⁹¹ Konrad Ilg, SP-Nationalrat und Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes (SMUV), hielt schliesslich fest: «Es ist nicht die bolschewistische Theorie, sondern das Verlangen nach materieller Besserstellung, das die Arbeiter in den Streik getrieben hat.»⁹² Mit Blick auf die vorhandene Gewaltbereitschaft ist hinzuzufügen, dass in der Schweiz im Gegensatz zu den Nachbarländern keine gewaltbereiten Parteimilizen (oder Rote Garden) bestanden.⁹³ Eine gezielte Bewaffnung der Linken vergleichbar mit der (umstrittenen) Bewaffnung verschiedener Bürger-, Stadt- und Gemeindewehren durch das Militär lässt sich in der Schweiz nicht nachweisen. Insgesamt ist der Einschätzung von Jakob Tanner zuzustimmen, dass es «die Regierung, die Armeeführung und die bürgerliche Rechte» waren, welche im Landesstreik «die Kraftprobe suchten», während auf der Seite des OAK «nie ernsthaft über den Einsatz von Waffengewalt diskutiert»⁹⁴ wurde.

Wie bereits ausgeführt, hat die militärische Führung dem OAK in internen Berichten eine geradezu militärische Organisation (und eine entsprechende Fähigkeit zur Eskalation) unterstellt. Wenn Ulrich Wille das Zürcher Volkshaus in seinen schriftlichen Instruktionen zum Ordnungsdienst gegenüber Emil Sonderegger schon am 6. November als «Gouvernementspalast der Bolschewikiregierung»⁹⁵ bezeichnete, wurden damit nicht nur die Sozialdemokraten kollektiv als Revolutionäre eingestuft, sondern ihnen auch eine über Institutionen verfügende Regierung unterstellt, welche die bestehende Ordnung in Frage stellte. Bedrohlich wurde die hier unterstellte Organisationsfähigkeit durch die Verbindung mit einem weiter zurückreichenden bürgerlichen Streikdiskurs, der die Triebhaftigkeit – und damit Unberechenbarkeit und Unbeherrschtheit – der Arbeiterschaft betonte. 1923 sprach der spätere langjährige Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ), Willy Bretscher, mit Blick auf den Landesstreik von einem «abnormalen Seelenzustand des Proletariats» und einer «Art geistigen Rausches», den der «Erfolg der bolschewistischen Revolution in den Reihen der klassenkämpferischen Arbeiterschaft» erzeugt habe.⁹⁶

Christian Koller hat von einer im bürgerlichen Streikdiskurs generell zu beobachtenden «Infantilisierung» und «Psychiatrisierung»⁹⁷ der Arbeiterschaft gesprochen und darauf hingewiesen, dass die Thematisierung von Gefühlen in streikfeindlichen Diskursen – wie im vorliegenden Fall – zumeist durch eine «Dichotomisierung zwischen vernunftgeleittem Bürger- tum und den unkontrollierbaren, instinktgeleiteten und gewaltbereiten Unterschichten beiderlei Geschlechts»⁹⁸ gekennzeichnet sei. Die politisch aktiven Frauen wurden dabei noch stärker angegriffen als die Männer und als normabweichend pathologisiert und verächtlich gemacht.⁹⁹ Füsiler Eduard Wirz, der nach sechs mehrmonatigen Ablösungsdiensten im Jura während des Landesstreiks in Muttenz stationiert war, beschrieb die Hal-

tung der Truppe und die Stimmung in der Stadt Basel «im aufblitzenden Lichte des drohenden Bruderkrieges» 1920 eindringlich:

«Wer Basel sonst kannte, traute seinen Augen nicht. Es war als hätte alles Gemeine urplötzlich Oberwasser bekommen. Das waren nicht brave Arbeiter, die uns mit giftigen Hohnworten empfingen, das war arbeitsscheues, feiles Gesindel. Was sich sonst, so lang die Ordnung stand, geduckt, reckte jetzt frech das Haupt. Manchmal war es jammerschade, daß äusserste Selbstbeherrschung Soldatenpflicht ist. Soviel Schmutz hatten wir in unserer lieben Schweiz nicht für möglich gehalten. Und wie buhlte das um uns Soldaten! Die blinden Narren! Wir gaben die rechte Antwort. Ernst und zornig scholl das Lied, das uns so oft über Schweres hinweggeholfen, aus den Soldatenkehlen: St. Jakob an der Birs, / So lang zum nahen Rhein / Hinab dein Fluss noch zieht, / Sollst nie vergessen sein. Das war edles Echo.»¹⁰⁰

Deutlich von einer armeefreundlichen, patriotischen Grundstimmung geprägt und gegen das «bübische Treiben» von «Verhetzern und Verführern» gerichtet, wurde auch hier eine in zeitgenössischen Streikdiskursen typische Dichotomisierung zwischen oben und unten, blind und selbstbeherrscht, edel und frech vorgenommen und die sich *«reckende»* Arbeiterschaft mit Hilfe räumlicher Zuordnungen auf den ihr zustehenden (bisherigen) Platz in der Gesellschaft verwiesen.

Umgekehrt – aber funktional äquivalent – ermöglichte es die Beschreibung des Ordnungsdienstes als Diktatur der Bajonette, den Einsatz von Truppen gegen die eigene Bevölkerung als ausserhalb demokratischer Strukturen und der bestehenden Ordnung stehend darzustellen. Aus einer linken Perspektive wurde damit die Empörung gegen das Truppeneinmarsch deutlich gemacht und der vom OAK ausgerufene Proteststreik gerechtfertigt. Damit verbunden war der Vorwurf, der Ordnungsdienst werde als Mittel der bürgerlichen «Klassenherrschaft» zur Unterdrückung der Arbeiterklasse eingesetzt, die zu diesem Zeitpunkt zumindest auf Bundesebene noch weitgehend von einer politischen Mitsprache ausgeschlossen war. Die Armee wurde hier als ein gesellschaftlichen Wandel blockierender Faktor dargestellt, der die Angst des Bürgertums vor dem Aufbrechen einer «neuen Zeit»¹⁰¹ beziehungsweise einer unaufhaltsamen gesellschaftlichen Veränderung spiegelte. Linke Parlamentarier nutzten dafür die Metaphern eines reissenden Bergbachs oder Sturms, einer Naturgewalt, die nicht mehr aufzuhalten sei und das Eingreifen der Ordnungstruppen als sinnlos (und rückwärtsgewandt) erscheinen liess. Auffallend ist – trotz der harschen Kritik am Truppeneinmarsch – die auch in linken Verlautbarungen militärisch geprägte Begrifflichkeit und die Darstellung des Streiks als Krieg. Herman Greulich hielt im Nationalrat zwar unmissverständlich fest: «Die schweizerische Arbeiterschaft hat keine Revolution gemacht und

will keine Revolution machen.»¹⁰² Zugleich betonte das OAK aber bereits in einem Aufruf zur Proklamation des Landesstreiks, man wolle entweder «kämpfend siegen oder sterbend untergehen»,¹⁰³ und wies damit zumindest rhetorisch auf einen möglichen Bürgerkrieg hin. Wenig später hielt man in einem Bulletin zur Streiklage mit martialischen Worten fest:

«Die Reaktion wütet auf der ganzen Linie. [...] Den streikenden Arbeitern der eidgenössischen Betriebe schickt man das Militär auf den Hals, unsere glorreiche Armee muss Bütteldienste leisten; muß dazu dienen, eine ganze Bevölkerungsklasse, hunderttausende von Arbeitern unter dem Daumen zu halten. [...] Die Absichten dieser mit Handgranaten und Maschinengewehren regierenden Landesbehörde wird zu Schanden werden an der mutigen, entschlossenen Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft. Freunde und Brüder! Lasst euch nicht irre machen. [...] Geht immer vorwärts im Kampfe. Mag der einzelne fallen, was liegt daran, wenn es auf das grosse Ganze ankommt.»¹⁰⁴

Verluste für die Verwirklichung höherer Ziele der Arbeiterbewegung wurden hier zumindest rhetorisch in Kauf genommen; zugleich rief die Streikleitung – nach innen – aber immer wieder dazu auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren, keinen Alkohol zu trinken und dem Gegner keinen Vorwand zur Eskalation der Ereignisse zu geben. Bereits im August 1918 hatte das OAK die Anwendung von Gewalt in seinen «Instruktionen zur Durchführung des allgemeinen Landesstreiks»¹⁰⁵ ausdrücklich untersagt. Gerade in emotional aufgeladenen Momenten wie gemeinsamen Demonstrationen und Versammlungen war dies von besonderer Bedeutung, bieten Demonstrationen doch die Möglichkeit einer «nicht entfremdeten, eignesinnigen Interessenartikulation, die nicht in Distanz, sondern in unmittelbarer Nähe zum Körper und seinen Sinnen stattfindet». ¹⁰⁶

Der Kontrolle von Emotionen wie Wut, Hass oder Enttäuschung kommt in Demonstrationen eine entscheidende Bedeutung zu; und unter dem Titel «Lasst euch nicht provozieren!» hielt das OAK im bereits zitierten Bulletin dann auch fest:

«Arbeiter! Bis jetzt habt ihr den Streik mustergültig durchgeführt. Die Soldaten fragen schon, warum sie eigentlich hier sind. Mit derselben Ruhe und Disziplin müsst ihr weiter ausharren. Die Schergen warten nur darauf, den Säbel zu ziehen. Auf alle mögliche Weise suchen sie zu provozieren und aufzureißen. Sie sehnen sich förmlich nach einem Vorwand, der ihre Willkürherrschaft rechtfertigen soll. Wir werden ihnen diesen Vorwand nicht geben. Mit derselben vorbildlichen Ruhe, aber auch mit derselben eisernen Entschlossenheit werden wir ausharren. Gerade das wird unser Stolz sein, den blinden Machthabern zu beweisen, wie grundlos und einfältig die ganze riesige Machtentfaltung ist.»¹⁰⁷

Masslosigkeit, Unbeherrschtheit und Unberechenbarkeit wurden dem politischen Gegner von beiden Seiten vorgeworfen, und gegenseitige Beschimpfungen und Verunglimpfungen lassen sich während dieser Tage an zahlreichen Beispielen belegen. Als Teil einer «Cooling-down-Strategie»¹⁰⁸ wurde nach innen aber zu Disziplin, Ruhe und Ordnung aufgerufen; und der Begriff «Revolution» wurde in diesem Bulletin kein einziges Mal verwendet. Bilder zum Landesstreik zeigen häufig ausgesprochen geordnete Verhältnisse, und dass das OAK den Streik angesichts des militärischen Drohpotentials in der Nacht vom 14. auf den 15. November abbrach, lässt darauf schliessen, dass man trotz der aufgeheizten Stimmung und der von beiden Seiten in Anschlag gebrachten verbalen Drohungen einen kühlen Kopf bewahrte.

Fazit

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges führten der wachsende Antimilitarismus, der zunehmende Einsatz von Ordnungstruppen und die harte Haltung der militärischen Führung dazu, dass sich die Arbeiterschaft von den Einsätzen des Militärs im Landesinneren zunehmend provoziert fühlte. Das von der militärischen Führung in mehreren Schritten durchgesetzte umfangreiche Truppenaufgebot vom 6. und 8. November 1918, das vom OAK zunächst mit einem eintägigen Proteststreik in 19 Schweizer Städten beantwortet worden war, wird in der historischen Forschung bis heute als eine der Ursachen (oder zumindest konkreter Anlass) für den Ausbruch des schweizerischen Landesstreiks genannt. Zugleich hatte der Vorwurf der Provokation – sowohl auf der Seite der Arbeiterschaft als auch des Militärs – aber auch instrumentellen Charakter und muss als Teil eines über verschiedene Medien ausgetragenen Deutungskampfes verstanden werden. Sowohl das Truppenaufgebot als auch die Demonstrationen waren «an eine breite Öffentlichkeit gerichtete Performanzen und internes *emotion work* zugleich».¹⁰⁹ Der Vorwurf der Provokation spielte eine wichtige Rolle für die Verfestigung der «emotional community» nach innen, die Erzeugung von Solidarität in den eigenen Reihen und die Bereitschaft, den Kampf auch unter erschwerten Bedingungen weiterzuführen. Ein gutes Beispiel für die von der Streikleitung und der militärischen Führung gezielte Nutzung von Emotionen ist auch das auf beiden Seiten vielfach bezeugte Singen von Liedern (als Angstbewältigungsstrategie). Für die Rechte diente die nicht nur von Ulrich Wille und der militärischen Führung verwendete Bezeichnung von Sozialdemokraten oder Mitgliedern des OAK als «Bolschewiki» zur Rechtfertigung eines präventiv erlassenen Truppenaufgebotes, wobei der Vorwurf ausländischer Agitation und fremder Einflussnahme weit vor den Ersten Weltkrieg zurückreichte. Für die Linke waren verbale Drohungen und rhetorische Anspielungen auf eine kurz bevor-

stehende Revolution – beziehungsweise eine gezielte Strategie der «kalkulierten Ambivalenz»¹¹⁰ – im November 1918 fast die einzige Möglichkeit, Druck auf den politischen Reformprozess auszuüben. Dass diese Anspielungen und (versteckten) Drohungen nicht umgesetzt werden sollten, zeigt sich an verschiedenen – nach innen gerichteten – Aufrufen, Ruhe und Disziplin zu bewahren, keinen Alkohol zu trinken und den Ordnungsgruppen keinen Anlass zum Einschreiten zu geben. Was Christian Koller über Streikdiskurse generell festgestellt hat, gilt auch für den schweizerischen Landesstreik – und das Thema der Provokation: Gefühle wurden zwar «als wesentliches Antriebsmoment klassenkämpferischen Handelns anerkannt, zugleich wurde aber deren organisatorische Kanalisierung und Disziplinierung als unverzichtbare Erfolgsvoraussetzung betont».¹¹¹ Die gezielte Nutzung von Emotionen oder gegenseitige Provokationen waren im November 1918 Teil des politischen Geschäfts und einer Strategie der «kalkulierten Ambivalenz». Die Forderung nach der Umsetzung verschiedener, zum Teil schon vor dem Krieg eingeforderter Reformen war ernst gemeint – eine Revolution war im November 1918 aber nicht geplant.

1 Grimm, zit. nach Gautschi, Willi: *Der Landesstreik 1918*, Zürich 1968, S. 246.

2 «Protest des OAK gegen das Truppenaufgebot», *Berner Tagwacht*, 8. November 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 199.

3 «Der Landesstreik vor dem Nationalrat: stenographische Wiedergabe der von den sozialdemokratischen Vertretern am 12. und 13. November im Nationalrat gehaltenen Reden», Bern 1918, S. 24.

4 Staatsarchiv Luzern, PA 495/77, Bühler, Franz Josef: «Erfahrungen im Zürcher Ordnungsdienst», Vortrag gehalten in der Offiziersgesellschaft Luzern am 4. April 1919, S. 16.

5 Bundespräsident Felix Calonder an der Sitzung vom 12. November 1918 im Nationalrat, in: *Amtliches Stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung*, Sitzung vom 12. November 1918, S. 416.

6 Vgl. dazu in chronologischer Reihenfolge Rathgeb, Heinz: *Der Ordnungsdiensteinsatz der Schweizer Armee anlässlich des Italiener-Krawalls im Jahre 1896 in Zürich*, Zürich 1977; Thurnherr, Bruno: *Der Ordnungsdiensteinsatz der Armee anlässlich der Zürcher Unruhen im November 1917*, Bern 1978; Wild, Ueli: *Zürich 1918. Ordnungsdiensteinsätze der Schweizer Armee im Frühjahr und Sommer 1918 in Zürich*, Frauenfeld 1987; Greminger, Thomas: *Ordnungstruppen in Zürich. Der Einsatz von Armee, Polizei und Stadtwehr Ende November 1918 bis August 1919*, Basel 1990, sowie Zeller, René: *Ruhe und Ordnung in der Schweiz: Die Organisation des militärischen Ordnungsdienstes von 1848 bis 1939*, Bern 1990. Zum Landesstreik selbst vgl. Frey, Daniel M.: *Vor der Revolution? Ordnungsdienst-Einsatz der Armee während des Landesstreiks in Zürich*, Zürich 1998. Zur Entwicklung der inneren Sicherheit in der Schweiz im Ersten Weltkrieg vgl. darüber hinaus Müller, Reto Patrick: *Innere Sicherheit Schweiz. Rechtliche und tatsächliche Entwicklungen im Bund seit 1848*, Egg bei Einsiedeln 2009, S. 190–246.

7 *Entlebucher Anzeiger*, 18. Januar 1919, zit. nach Wicki, Otto; Kaufmann, Anton; Dahinden, Erwin: *Oh wär ich doch ein Schweizer: Das Soldatenleben im Ersten Weltkrieg*, Schüpfheim 2009, S. 138.

8 Staatsarchiv Luzern, AKT 44/754, Beitrag «Vor 10 Jahren. Erinnerungen aus den Tagen des Generalstreiks 1918», in: *Entlebucher Anzeiger*, Samstag, 10. November 1928. Freundlicher Hinweis von Elisabeth Joris, Zürich. Zur Beschimpfung der Ordnungstruppen «aufs Verletzendste» vgl. auch den Beitrag «Die Auffassung der Soldaten» eines «42er» Wehrmanns in: *NZZ*, Nr. 1510, Montag, 18. November 1918.

9 Staatsarchiv Luzern, AKT 44/754, Beitrag «Vor 10 Jahren. Erinnerungen aus den Tagen des Generalstreiks 1918», in: *Entlebucher Anzeiger*, Samstag, 10. November 1928. Freundlicher Hinweis von Elisabeth Joris, Zürich. Vgl. dazu am Beispiel der Lastwagenfabrik Saurer bzw. des Ostschweizer Industriestandorts Arbon auch Keller, Stefan: *Die Zeit der Fabriken. Von Arbeitern und einer Roten Stadt*, Zürich 2001.

10 Für Deutschland vgl. dazu Vollert, Michael P.: *Für Ruhe und Ordnung. Einsätze des Militärs im Inneren (1820–1918). Preußen – Westfalen – Rheinprovinz*, Bonn 2014.

11 Zur Stimmung in der Truppe vor dem Landesstreik, der allgemeinen Dienstmüdigkeit sowie der Klotener Affäre und der Dübendorfer Affaire vom Februar 1918 vgl. Wild, Ordnungsdiensteinsätze, S. 95–120. Zu Fällen von kollektivem Ungehorsam nach dem Landesstreik und der Entlassung von 11 «politisch unsicheren» Mitrailleuren 1919 vgl. Greminger, Ordnungstruppen, S. 143–155 und S. 339. Zur Bedeutung von Disziplin, Autorität und Drill in der Truppenausbildung der «Neuen Richtung» vor und während des Ersten Weltkriegs vgl. Jaun, Rudolf: «Meuterei am Gotthard: Die Schweizer Armee zwischen preussisch-deutschem Erziehungsdrill und sozialistischer Skandalisie-

- rung», in: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): *14/18: Die Schweiz und der Grosse Krieg*, Baden 2014, S. 20–47, sowie Jaun, Rudolf: «Ulrich Wille und die ‹Herisauerein›», in: Sprecher, Thomas; Zeller, René (Hg.): *Ostschweizer Korpsgeist. Ereignisse und Erlebnisse im Feldarmee-korps 4, 1891–2003*, Zürich 2003, S. 58–64.
- 12 Bühler, Erfahrungen im Zürcher Ordnungsdienst, S. 9.
- 13 Vgl. dazu verschiedene Unterlagen zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Mitraillleur Arnold Imholz aus Basel (sowie drei weitere Soldaten) im Staatsarchiv Luzern, PA 495/72. Freundlicher Hinweis von Elisabeth Joris, Zürich.
- 14 Inhaltlich ist zwischen einer revolutionären und einer reformistischen Richtung innerhalb der Soldatenvereine zu unterscheiden. Während sich der parteipolitisch neutrale (faktisch den Grütliaern nahestehende) Schweizerische Soldatenbund für die Landesverteidigung aussprach und Reformen innerhalb der Armee anstrebte, lehnten die – von der Mitgliederzahl her unbedeutenden – sozialistischen Soldatenvereine die «Verteidigung des Vaterlandes der Besitzenden» ab und betrachteten die Armee als ein Mittel «um Städte zu besetzen» und «wehrlose demonstrierende Massen niederzusäbeln». Vgl. dazu Staatsarchiv Luzern, PA 495/76, Zentralvorstand der soz. Soldatenorganisationen der Schweiz «An die Soldaten» [o. O. 1918] und PA 495/75, Flugblatt «An die militärdienstpflichtigen Arbeiter!» Zu den Forderungen des auf eine Demokratisierung der Armee ausgerichteten Schweizerischen Soldatenbundes vgl. Wirth, Carl: *Grundsätze und Ziele des Schweizerischen Soldatenbundes*, Zürich [1918], sowie Gautschi, Der Landesstreik, S. 79–82.
- 15 Archiv des schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Bern, G 23/C, Protokollnotizen zur Sitzung des Oltener Aktionskomites mit dem Gewerkschaftsausschuss und der Geschäftsleitung der Partei, Dienstag, 19. November 1918, S. 4.
- 16 Sonderegger, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 402.
- 17 Vgl. dazu Bernet, August: *Erinnerungen eines Radfahrers an den Ordnungsdienst im November 1918*, S. 3, Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), J2.11#1000/1406#442*. Freundlicher Hinweis von Dorothe Zimmermann, Zürich.
- 18 Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 128. Zu finanziellen Zuwendungen an den «Ehrensold» der Ordnungstruppen vgl. exemplarisch Koller, Christian: *Kriegs- oder Friedensgewinner? Die Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen, 1910–1925*, in: Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): *Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg*, Zürich 2008, S. 225–257, hier S. 244.
- 19 Vgl. dazu die Broschüre der 1905 gegründeten Antimilitaristischen Liga Zürich: «Der Hofhund des Kapitals», Zürich 1906. Gemäss Major Bühler war das Militär auch während des Landesstreiks «in allen Farben als Hofhund des Kapitals bezeichnet» worden. Bühler, Erfahrungen im Zürcher Ordnungsdienst, S. 9.
- 20 Vgl. dazu Specker, Louis: «Links aufmarschieren». *Aus der Frühgeschichte der Ostschweizer Arbeiterbewe-gung*, Zürich 2010, S. 315–334, hier S. 329 f.; Koller, Christian: «Die russische Revolution ist ein reines Kinderspiel gegenüber derjenigen in Albisrieden! Der Arbenzstreik von 1906 in mikro- und kultur-historischer Perspektive», *Historische Anthropologie*, 11 (2003), S. 370–396, sowie Koller, Christian: «Zürichs Kosakenzeit: der Streiksommer 1906 und seine Folgen», *Rote Revue: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, 84 (2006), S. 39–43.
- 21 Specker, Links aufmarschieren, S. 334.
- 22 Jaun, Rudolf: *Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de Siècle*, Zürich 1999, S. 233 f.
- 23 Zur antimilitaristischen (und pazifistischen) Tradition in der Linken vgl. Mirko Greter: *Sozialdemokratische Militärpolitik im Spannungsfeld von Vaterlandsliebe, Pazifismus und Klassenkampf. Der lange Weg der SPS hin zur Ablehnung der Landesverteidigung 1917*, Berlin 2005; Degen, Bernard; Richers, Julia (Hg.): *Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe*, Zürich 2015; Gautschi, Willi: «Die wehrpolitische Haltung der Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg», in: Gautschi, Willi: *Helvetische Streiflichter*, Zürich 1994, S. 49–65; Degen, Bernard et al. (Hg.): *Gegen den Krieg – Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012; Zwahlen, Urs: *Bürgerliche Friedensbewegung und Pazifismus der Arbeiterbewegung in der Schweiz bis zum Ersten Weltkrieg*, Bern 1991; Jost, Hans Ulrich: *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918*, Bern 1973, S. 173–184, sowie Gautschi, Der Landesstreik, S. 71–85.
- 24 «Der rote Sonntag», *Berner Tagwacht*. Offizielles Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Nr. 207, 4. September 1916.
- 25 Ebd. Zum roten Sonntag vgl. auch die Berichte und Unterlagen in BAR, E21#1000/131#9831– BAR, E21#1000/131#9834*.
- 26 Vgl. dazu Gautschi, Der Landesstreik, S. 71–85; Verband der sozialdemokratischen Mitgliedschaften des Kantons Zürich (Hg.): *Militärdiktatur, Militärjustiz und Pressefreiheit: drei Reden im Nationalrat gehalten von Robert Grimm, Ernest Daucourt und Gustav Müller*, Zürich 1916; Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.): *Anträge, Beschlüsse und Gutachten zur Militärfrage*, Zürich 1917, sowie Stöckli, Jonas: «Von staatslegitimierenden Deutungsmustern zur integralen Rechtsgeschichte. Die SPS-Initiative zur Aufhebung der Militärjustiz (1915–1921)», *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* (SZG) 67 (2017), S. 40–58.
- 27 Bereits 1902 war es bei einem Einsatz von Ordnungstruppen in Genf zu mehreren hundert Dienstverweigerungen gekommen, und 1906 hatte auch der spätere Streikführer und Oltener SP-Nationalrat Jacques Schmid nach einem Ordnungsdiensteinsatz am «Arbenzstreik» in Zürich den weiteren Militärdienst verweigert. Vgl. dazu Koller, Christian: «Der lange Weg zum zivilen Ersatzdienst in der Schweiz», in: Müller, Christian; Walter, Dierk (Hg.): *Ich dien' nicht! Wehrdienstverweigerung in der Geschichte*, Berlin 2008, S. 227–242; Altorfer, Ernst: *Die Dienstverweigerung nach schweizerischem Militärstrafrecht*, Zürich 1929; Schmid, Jacques: *Verteidigungsrede des Exkorporals Jacques Schmid vor Kriegs-Gericht*, 22. März 1907, Zürich 1907; Schmid, Jacques: *Unterwegs 1900–1950. Erfahrungen und Erkenntnisse*, Olten 1953, S. 41–48, sowie als weitere prominente Beispiele Humbert-Droz, Jules: *Guerre à la guerre – A bas l'armée. Plaidoirie complète devant le Tribunal militaire à Neuchâtel le 26 août 1916*, La Chaux-de-Fonds 1916, und Kleiber, Max: *Verteidigungsrede eines Dienstverweigerers*, Zürich [1917].
- 28 Stöckli, Von staatslegitimierenden Deutungsmustern, S. 53.
- 29 Walter, Emil: *Demokratisierung des schweizerischen Wehrwesens. Ein Beitrag zur Volkspetition an die*

- Bundesversammlung*, Zürich 1918, S. 27 und S. 30 f. Wie die Unzufriedenheit mit der Militärjustiz reichte auch die Forderung nach einer Demokratisierung der Armee vor den Ersten Weltkrieg zurück und sollte die Armee – aus linker Perspektive – enger mit den demokratischen Strukturen des Landes verbinden. Vgl. dazu auch BAR, E21#1000/131#9824*, Schweizerischer Grüttiverein, Sozialdemokratische Volkspartei der Schweiz: *Volkspetition betreffend Demokratisierung des schweizerischen Wehrwesens*, Zürich, 28. Oktober 1918.
- 30 Walter, Demokratisierung, S. 38.
- 31 Ebd., S. 49.
- 32 Zu den Novemberunruhen in Zürich vgl. Hardegger, Urs: *Es gilt die Tat*, Zürich 2017; Rossfeld, Roman: «Schweigen ist Gold: Kriegsmaterialexporte der schweizerischen Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie im Ersten Weltkrieg», in: Jaun, Rudolf et al. (Hg.): *An der Front und hinter der Front. Der Erste Weltkrieg und seine Gefechtsfelder*, Baden 2015, S. 292–313, hier S. 307 f., und Thurnherr, Bruno: *Der Ordnungsdiensteinsatz der Armee anlässlich der Zürcher Unruhen im November 1917*, Bern 1978.
- 33 An die Arbeiterschaft, Protest des OAK gegen das Truppenaufgebot vom 7. November 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 199. Zu den Novemberunruhen in Zürich vgl. Thurnherr, Ordnungsdiensteinsatz, S. 104–110.
- 34 Vgl. dazu Faesi, Robert: *Füsiler Wipf: Eine Geschichte aus dem schweizerischen Grenzdienst*, Frauenfeld 1917, und Ilg, Paul: *Der starke Mann: Eine Schweizer Offiziersgeschichte*, Frauenfeld 1917.
- 35 Ilg, Der starke Mann, S. 192.
- 36 Als Überblick dazu: Koller, Christian: «Labour, Labour Movements, Trade Unions and Strikes (Switzerland)», in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, ed. by Ute Daniel, Peter Gatrell, Oliver Janz et al. Berlin 2015, DOI: <http://dx.doi.org/10.15463/ie1418.10754> [15.6.2018]. Zur internationalen Dynamik vgl. Ezerov, Robert; Mador, Juli; Timofeev, Timur: «Strike Movement in Western Countries after the October Revolution of 1917», in: Haimson, Leopold; Sapelli, Giulio (Hg.): *Strikes, Social Conflict and the First World War*, Milano 1992, S. 533–551.
- 37 Vgl. dazu die Zusammenstellung bei Knechtle, Marco: «Das Heer ist bestimmt [...] zur Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern: Der Einsatz der Schweizer Armee im Innern während des Ersten Weltkrieges. Untersucht an drei Ereignissen», Masterarbeit, Zürich 2014, S. 119–128.
- 38 Steiner, Sebastian: *Unter Kriegsrecht. Die schweizerische Militärjustiz 1914–1920*, Zürich 2018 [im Druck].
- 39 Inglin, Meinrad: *Schweizer Spiegel*. Gesammelte Werke in 10 Bänden. Herausgegeben von Georg Schoeck, Neuauflage, Band 5, Zürich 2014, S. 870.
- 40 *Vaterland*, 29. November 1918, zit. nach Ernst, Andreas; Wigger, Erich: «Innovation und Repression. Die Restabilisierung der bürgerlichen Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg», in: Imhof, Kurt; Kleger, Heinz; Gaetano, Romano (Hg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medieneignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit* (Krise und sozialer Wandel, Band 1), Zürich 1993, S. 109–171, hier S. 161.
- 41 Zur Zahl und Herkunft der Truppen während der Grenzbesetzung und des Landesstreiks vgl. Kreis, Georg: *Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918*, Zürich 2013, S. 123, Gautschi, Der Landesstreik, S. 244 f., sowie BAR, E21#1000/131#9841*, Verzeichnis von Truppenbereitstellungen und Truppenaufgeboten für den Ordnungsdienst in den Jahren 1893–1919. Zur Selektion zuverlässiger Truppen vgl. Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 82–86. Zur Militärorganisation und der «Ordre de Bataille» der Armee vgl. Rapold, Hans: *Zeit der Bewährung? Die Epoche um den Ersten Weltkrieg 1907–1924* (Der Schweizerische Generalstab, Band 5), Basel 1988, S. 150, sowie Martin, Paul-Edmond, *Die eidgenössische Armee von 1815–1914* (Schweizer Kriegsgeschichte, Band 4, Heft 12), Bern 1923.
- 42 Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 84.
- 43 Bühler, Erfahrungen im Zürcher Ordnungsdienst, S. 10. Zur politischen Haltung der Mitrailleurmannschaften vgl. auch Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 127 f.
- 44 Brief von Iwan Bally an Hans Sulzer in Washington, 17. Mai 1918, zit. nach Gautschi, Willi: *Dokumente zum Landesstreik 1918*, Zürich 1971, S. 85.
- 45 Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 85 und S. 321.
- 46 Baberowski, Jörg, *Räume der Gewalt*, 3. Auflage, Frankfurt a. M. 2015, S. 94.
- 47 Rudolf Jaun; Tobias Straumann: «Durch fortschreitende Verehelichung zum Generalstreik? Widersprüche einer populären Narrativs», *Der Geschichtsfreund. Mitteilungen des Historischen Vereins Zentralschweiz*, 169 (2016), S. 19–51, hier S. 23 und 35.
- 48 Zur Einschätzung der Bedrohungslage durch General Wille, Generalstabschef von Sprecher und Unterstabschef de Perrot vgl. Gautschi, Der Landesstreik, S. 39–43, und Gautschi, Dokumente, S. 101–103, S. 111–113 und S. 159–161. Zur Durchsetzung eines präventiven Truppenaufgebotes durch Wille vgl. auch Gautschi, Willi: «Die Verantwortlichkeit General Willes im November 1918», *NZZ*, Nr. 233, 17. Mai 1970.
- 49 Schreiben von Unterstabschef de Perrot an Generalstabschef Sprecher, 31. Juli 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 112 f.
- 50 Vgl. dazu Koller, Christian: «Coulissenschieber, Spitzelhunde und Dunkelmänner – Verschwörungstheorien im schweizerischen Streikdiskurs vor dem Ersten Weltkrieg», *Traverse* 11 (2004), S. 73–84.
- 51 Zu den unterschiedlichen Fraktionen und Standpunkten innerhalb der Linken vgl. auch Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 49 f.
- 52 Baberowski, Räume der Gewalt, S. 204.
- 53 Ernst Feigenwinter an der Sitzung vom 13. November 1918 im Nationalrat, in: *Amtliches stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung*. Sitzung vom 13. November 1918, S. 467.
- 54 De Perrot, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 111 f. Zur Präventionsstrategie der Armeeführung vgl. auch Rohr, Heinrich: «Die Armeeleitung und der Generalstreik», *Schweizer Monatshefte*, 48, 8 (1968), S. 797–810, hier S. 802.
- 55 Zur Bedeutung des Vorsorgens mit Hilfe von Truppenaufgeboten vgl. den Brief von Wille an den Bundesrat vom 2. November 1918, zit. nach *Schweizer Monatshefte*, 48, 8 (1968), S. 843 f., sowie Jost, Linksradikalismus, S. 180 f.
- 56 Guggenheim, Kurt: *Alles in Allem*, neu herausgegeben von Charles Linsmayer, 6. Auflage, Frauenfeld 2015, S. 504.

- 57 Memorial des Generals vom 4. November 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 167–175, hier S. 170.
- 58 BAR, E27#1000/721#13458-5, Schreiben von Ulrich Wille an Bundesrat Camille Decoppet, 1. November 1918.
- 59 Gautschi, Dokumente, S. 159 f.
- 60 Thurnherr, Ordnungsdiensteinsatz, S. 53.
- 61 BAR, E27#1000/721#13458-5, Abschrift eines Schreibens von Ulrich Wille vom 5. November 1918.
- 62 Heller, Daniel: «Ulrich Wille», in: Jaeckle, Erwin; Stäuble, Eduard (Hg.): *Grosse Schweizer und Schweizerinnen: Erbe als Auftrag. Hundert Porträts*, Stäfa 1990, S. 429–438, hier S. 437. Vgl. dazu auch Wille, Ulrich: *Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/18*, Zürich 1919, S. 5. Laur hatte gegenüber Generalstabschef Sprecher bereits Ende August 1918 festgehalten, ein allfälliger Generalstreik (beziehungsweise eine revolutionäre Bewegung) müsse «im ersten Entstehen unterdrückt» und «im Keime erstickt» werden. Vgl. dazu das Schreiben von Laur an Sprecher vom 24. August 1918, in: Gautschi, Dokumente, S. 126–128, hier S. 128. Zur Durchsetzung des von Ulrich Wille Anfang November 1918 mehrfach geforderten Truppenaufgebotes gegenüber dem Bundesrat und der Zürcher Regierung vgl. auch Gautschi, Willi: «Die Verantwortlichkeit General Willes im November 1918», in: Gautschi, Willi: *Helvetische Streiflichter. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte*, Zürich 1994, S. 256–262.
- 63 *Volksrecht*, zit. nach Zeller, Emil Sonderegger, S. XIV.
- 64 Bericht über die Tätigkeit der Ordnungstruppen in Zürich im November 1918, erstattet von Oberstdivisionär Sonderegger, 31. Dezember 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 401. Zum (provokativen) Verhalten von Sonderegger während des Landesstreiks vgl. auch Zeller, Emil Sonderegger, S. 85–98.
- 65 Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 157.
- 66 Rieder, David: *Fritz Gertsch. Enfant terrible des schweizerischen Offizierskorps*, Zürich 2009, S. 320.
- 67 Gautschi, Der Landesstreik, S. 240–242. Zu Eduard Wildbolz vgl. auch Schmid-Amman, Paul: *Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen, sein Verlauf, seine Folgen*, Zürich 1968, S. 336–338.
- 68 Instruktionen von General Wille an Oberstdivisionär Sonderegger vom 6. November 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 189.
- 69 Bernet, Erinnerungen eines Radfahrers, S. 2.
- 70 Bühler, Erfahrungen im Zürcher Ordnungsdienst, S. 26.
- 71 Jaun, Rudolf: «Militärgewalt und das «revolutionäre» Gravitationszentrum Zürich 1917–1918», in: Hebeisen, Erika et al. (Hg.): *Kriegs- und Krisenzeiten. Zürich während des Ersten Weltkrieges*, Zürich 2014, S. 185–197, hier S. 196.
- 72 Jost, Linksradikalismus, S. 11.
- 73 Protokoll des Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses, zit. nach Jost, Linksradikalismus, S. 11.
- 74 Vgl. dazu Mergel, Thomas: «Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene», in: ders. (Hg.): *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt am Main 2012, S. 9–22; Meyer, Carla; Patzel-Mattern, Katja; Schenk, Gerrit Jasper: «Krisengeschichte(n). «Krise» als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive – eine Einführung», in: dies. (Hg.): *Krisengeschichte(n). «Krise» als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart 2013, S. 9–23; Fenske, Uta; Hülk, Walburga; Schuh, Gregor (Hg.): *Die Krise als Erzählung. Transdisziplinäre Perspektiven auf ein Narrativ der Moderne*, Bielefeld 2013, sowie Nünning, Ansgar: «Grundzüge einer Narratologie der Krise. Wie aus einer Situation ein Plot und eine Krise (konstruiert) werden», in: Grunwald, Henning; Pfister, Manfred (Hg.): *Krisen! Krisenszenarien, Diagnosen und Diskursstrategien*, München 2007, S. 48–71.
- 75 Kämper, Heidrun: «Krise und Sprache: Theoretische Anmerkungen», in: Mergel, Krisen verstehen, S. 241–255, hier S. 246.
- 76 Meyer, Krisengeschichte(n), S. 10.
- 77 Erinnert sei hier nur an die Publikation der sogenannten Persky-Dokumente in der *Gazette de Lausanne* im März und April 1919. Vgl. dazu *Gazette de Lausanne*, Nr. 77, 19.3.1919, und Nr. 110, 23.4.1919. Zur Situation vor dem Krieg vgl. Koller, Coulissenschieber, Spitzelhunde und Dunkelmänner, S. 73–84.
- 78 Grosser, Florian: *Theorien der Revolution. Zur Einführung*, Hamburg 2013, S. 11.
- 79 Vgl. dazu Musy, Jean-Marie: *La grève générale et le bolchévisme en Suisse. Discours prononcé par M. Musy au Conseil national le 10 décembre 1918*, o. O. 1919. In dieselbe Richtung deutete bereits der Aufruf des Bundesrates an das Schweizervolk vom 7. November 1918. Vgl. dazu Gautschi, Dokumente, S. 196–198.
- 80 Robert Forrer an der Sitzung vom 12. November 1918 im Nationalrat, in: *Amtliches stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung*, Sitzung vom 12. November 1918, S. 419.
- 81 Otto de Dardel an der Sitzung vom 13. November 1918 im Nationalrat, in: *Amtliches stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung*, Sitzung vom 13. November 1918, S. 436.
- 82 Gottfried Keller an der Sitzung vom 13. November 1918 im Ständerat, in: *Amtliches stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung*, Sitzung vom 13. November 1918, S. 152.
- 83 Schweizerischer Bauernverband (Hg.): *Die soziale Revolution in der Schweiz? Ein Wort zur Verständigung*, Brugg 1919.
- 84 Jost, Hans Ulrich: «Der historische Stellenwert des Landesstreiks», in: Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918, 3. durchgesehene Auflage, Zürich 1988, S. I–XV, hier S. I.
- 85 Der Landesstreik vor dem Nationalrat, S. 29 f.
- 86 Vgl. dazu die Voten von Robert Grimm, Herman Greulich oder des Appenzeller «Weberpfarrers» Howard Eugster-Züst vom 12. und 13. November 1918, in: Der Landesstreik vor dem Nationalrat, S. 5, 8 und 17; Gautschi, Der Landesstreik, S. 168–171 und S. 229–234, sowie den Aufruf des Bundesrates zur Begründung des Truppenaufgebotes vom 7. November 1918 an das Schweizervolk in: Gautschi, Dokumente, S. 196–198.
- 87 Gautschi, Die wehrpolitische Haltung der Arbeiterschaft, S. 63.
- 88 Der Landesstreik vor dem Nationalrat, S. 9 f.
- 89 Ebd., S. 11.
- 90 Ebd., S. 18.
- 91 Vgl. dazu Jost, Linksradikalismus, S. 138–172.
- 92 Der Landesstreik vor dem Nationalrat, S. 22.
- 93 Vgl. dazu aus internationaler Perspektive das deutsche Freikorps oder den österreichischen republikanischen Schutzbund. Robert Gerwarth: «The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after

- the Great War», *Past and Present*, 200 (2008), S. 175–209; Pomplun, Jan-Philipp: «Keimzellen des Nationalsozialismus? Sozialgeschichtliche Aspekte und personelle Kontinuitäten südwestdeutscher Freikorps», in: Schmidt, Daniel; Sturm, Michael; Livi, Massimiliano (Hg.): *Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933*, Essen 2015, S. 73–88; Jones, Mark: «Political Violence in Italy and Germany after the First World War», in: Millington, Chris; Passmore, Kevin (Hg.): *Political Violence and Democracy in Western Europe, 1918–1940*, Basingstoke 2015, S. 14–30; Gerwarth, Robert; Horne, John (Hg.): *Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2013; Ebner, Christoph: «Kampf um ein Republikanisches Ideal – Der Schutzbund in Oberösterreich bis 1934», in: *Oberösterreich 1918–1938*, Band III, Linz 2015, S. 7–56, sowie Naderer, Otto: *Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg 1923–1934*, Graz 2004.
- 94 Tanner, Jakob: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München 2015, S. 148 und 151 f. Zur Gründung von Bürger-, Stadt- und Gemeindeweihren vgl. auch Greminger, Ordnungstruppen in Zürich, S. 92–117.
- 95 Instruktionen von General Wille an Oberstdivisionär Sonderegger vom 6. November 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 191.
- 96 Bretscher, Willi; Steinmann, Ernst (Hg.): *Die sozialistische Bewegung in der Schweiz 1848–1920*, Bern 1923, S. 112f. Zur bürgerlichen Reaktion auf den Landesstreik vgl. auch Schwarzenbach, Alexis: «Zur Lage in Deutschland. Hitlers Zürcher Rede vom 30. August 1923», *Traverse*, 13 (2006), S. 176–189.
- 97 Koller, Christian: «Es ist zum Heulen: Emotionshistorische Zugänge zur Kulturgeschichte des Streikens», *Geschichte und Gesellschaft*, 36 (2010), S. 66–92, hier S. 87.
- 98 Ebd.
- 99 Vgl. dazu Studer, Brigitte: «Rosa Grimm (1875–1955), als Frau in der Politik und Arbeiterbewegung», in: Arbeitsgruppe Frauengeschichte Basel (Hg.): *Auf den Spuren weiblicher Vergangenheit*, Zürich 1988, S. 163–198.
- 100 Wirz, Eduard: *IV/52 im Grenz- und Ordnungsdienst: 1914–1919*, Liestal 1920, S. 85.
- 101 Eugster-Züst, Der Landesstreik vor dem Nationalrat, S. 5.
- 102 Ebd., S. 11.
- 103 Flugblatt des OAK zur Proklamation des Landesstreiks vom 11. November 1918, zit. nach Gautschi, Dokumente, S. 240.
- 104 Archiv des schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Bern, G 23/GS, 3: *Die rote Fahne. Bulletin Nr. 1 des Oltener Aktionskomitees*, 13. November 1918, S. 1.
- 105 Gautschi, Der Landesstreik, S. 140 f.
- 106 Koller, Christian: «Soziale Bewegungen: Emotion und Solidarität», in: Mittag, Jürgen; Stadtland, Helke (Hg.): *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*, Essen 2014, S. 403–422, hier S. 412f.
- 107 Die rote Fahne, S. 2.
- 108 Koller, Es ist zum Heulen, S. 74.
- 109 Ebd., S. 77.
- 110 Zur Strategie der «kalkulierten Ambivalenz», gleichzeitig mit widersprüchlichen Aussagen unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen, vgl. am Beispiel von rechtspopulistischen Parteien Wodak, Ruth: *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*, Wien 2016, S. 38.
- 111 Koller, Es ist zum Heulen, S. 89.

